

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Leipzig, Postfach 100. Preis: 1.20 M. pro Quartal. Abonnement: 3.60 M. pro Jahr. Einzelhefte: 40 Pf. Fernschreiben: 1.20 M. pro Quartal. Telegramm: Auer Leipzig. Druck: Auer Verlag, Leipzig.

Verleger: Auer Verlag, Leipzig, Postfach 100. Preis: 1.20 M. pro Quartal. Abonnement: 3.60 M. pro Jahr. Einzelhefte: 40 Pf. Fernschreiben: 1.20 M. pro Quartal. Telegramm: Auer Leipzig. Druck: Auer Verlag, Leipzig.

Nr. 269

Sonnabend, den 18. November 1922

17. Jahrgang

Der englische Wahlausfall.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Das Ergebnis der englischen Wahlen liegt nunmehr fast auf dem bloßen Auge gesammelt vor und läßt sich demnach in seiner gesamten Bedeutung überblicken. Auch in England hatte diesmal niemand über den Wahlausfall Prophezeiungen gewagt; denn so überraschend der Zusammenbruch der alten Regierung gekommen war, so gänzlich unklar war die Stimmung im Lande. Trotzdem darf man sagen, daß der Ausfall der Wahlen eine ganze Reihe von Überraschungen gebracht hat. In einer Beziehung weisen sie sogar eine Erscheinung auf, die wir auch in Deutschland im letzten Jahr bei allen Wahlen beobachten konnten: nämlich das Abwandern der Wählererschaft aus der Mitte zu den Flügelparteien nach rechts und links. Im Verhältnis ist diese Abwanderung noch links sogar erheblich stärker als die nach rechts. Hat doch die Arbeiterpartei ihre Siege bisher mehr als verdoppelt. Trotzdem hat die Verstärkung der Labour Party es nicht zu verhindern vermocht, daß die Tories, die Unionisten, einen Sieg errufen haben, der ihnen im Unterhaus eine Mehrheit von siebzig bis achtzig Stimmen sichert.

Vor dem dramatischen Zusammenbruch der alten Regierung hatte man allgemein angenommen, die nächsten Wahlen würden eine starke Mehrheit aus Linksliberalen und Arbeitervertretern bringen. Diese Erwartung gründete sich darauf, daß in der Koalition die Konservativen die Führung gehabt hatten, und die Vermutung nahe lag, daß das Volk ihnen die Sünden und Unzulänglichkeiten der Koalition bei der Wahl heimzahlen werde. Allein es ist ganz anders gekommen. Als die Konservativen, von rüftiger Bitterung geleitet, aus der Koalition austraten, vollzog sich dieser konservative Umsturz unter so einmütiger Zustimmung der Wählererschaft, daß die Unionisten sich alsbald mit Recht mit der Hoffnung auf eine absolute Mehrheit im neuen Unterhaus tragen durften. Diese Hoffnung hat sie denn auch nicht getrogen. Damit ist der Beweis geliefert, daß die Koalitionsmüdigkeit der Wählererschaft nicht der Abneigung gegen die konservative Politik der Koalition entsprang, sondern die schwankenden Methoden Lloyd Georges. Sehr häßlich wurde dieser Gegensatz einmal im Wahlkampf illustriert, als Lloyd George von Bonar Law sagte, dieser habe die Schlachtfelder, und dieser ihm darauf erwiderte, das sei besser, als wenn der Premierminister den Seitensitz habe.

Ist also als eines der auffälligen Symptome der englischen Wahlen der Sieg der Konservativen zu verzeichnen, so ist nicht weniger interessant, das andere Symptom: das gewaltige Anwachsen der Arbeiterpartei. Diese Stärkung der Labour Party ist geradezu ein historisches Ereignis. Damit ist der traditionelle Mechanismus der englischen Politik zertrümmert. Das englische Zweiparteiensystem, das sich auf den Konservativen und den Liberalen aufbaute, ist zwar erhalten geblieben, aber an die Stelle der Liberalen sind die Arbeiter getreten. Vom allgemeinen Standpunkt aus mag man diesen katastrophalen Zusammenbruch des Liberalismus beklagen. Vom deutschen Standpunkt aus darf er als erfreulich bezeichnet werden. Denn es ist kein Zweifel, daß die Arbeiterpartei in viel höherem Maße den Gedanken des Liberalismus, des Pazifismus, der Verhöhnung pflegen werden, als es die Nationalliberalen Lloyd Georgescher Observanz getan haben. Sind doch auch ihre hervorragenden geistigen Vertreter, die als ausgesprochene Kriegsgegner waren, in das Unterhaus gewählt worden. In intellektueller Hinsicht werden Männer wie Macdonald, Snowden, Clynes, Bonar Law, Webb, Trevelyan, Morel der Arbeiterpartei im neuen Parlament eine überragende Prägung geben. Ihrer Opposition, von solchen Männern geführt, wird eine ganz andere Bedeutung zukommen, als sie bisher die Arbeiterpartei besaß und als sie auch die bisherige Opposition für sich in Anspruch nehmen durfte.

Das dritte Symptom ist der schon genannte Zusammenbruch des Liberalismus, von dem in erster Linie die Nationalliberalen unter Lloyd George betroffen sind, während die Unabhängigen unter Asquith und Crewe zwar etwa 25 Sitze gewonnen haben. Dieser Zusammenbruch ist ein Warnungssignal auch für die deutsche Mitte. Schuld daran ist die Unstirngkeit des Liberalismus, ebenso wie die Konservativen dank ihrer Einigkeit den Sieg davontrugen. Hätte Lloyd George den Weg zur Linken gefunden, hätte die Politik nach rechts aufrecht erhalten, so wäre wohl das Bild ganz anders ausgefallen. So wird das neue Unterhaus in besterem Maße den Kampf zwischen Imperialismus und Verständigungspolitik sehen. Wie er sich außenpolitisch auswirken wird, muß abgewartet werden. Bonar Law hat zwar dank seiner Majorität freie Hand, aber es wird schließlich auf die Arbeiterpartei abzuweichen müssen.

Zum Kabinett Cuno.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In den deutschen Wirtschaftskreisen ist die Befriedigung über die Betrauung Cunos mit der Kabinettsbildung groß. Man erwartet von ihm vor allem eine gesunde Wirtschaftspolitik und hat viel Vertrauen zu seinen gesunden Ansichten. Cuno gilt nicht so sehr als wirtschaftlicher Dogmatiker, als vielmehr als sehr kombinations- und einfallreicher Praktiker. Ein Beweis von Geschäftsmattheematik sei die Art, wie er 1920 den Vertrag mit dem New Yorker Harriman-Konzern zustande gebracht hat. Die Capag schlen damals den Amerikanern gar nichts bieten zu können, weder Geld noch Schiffe, aber Cuno verstand das Gegenteil zu bezeugen: den geschäftlichen Wert des Wissens, der Erfahrungen, der Beziehungen. Die Wirtschaftskreise meinen nun, daß bei der Wiedereinstellung des materiell ganz verarmten Deutschlands in die nationale Politik und Wirtschaft eine solche Kunst- und Rechenmethode, wie sie Cuno eigen ist, mit großem Nutzen angewendet werden könne. Ferner glaubt man, daß das Vertrauen, das sich Cuno bei amerikanischen Finanzkräften und beim Präsidenten Harding erworben hat, der dringend nötigen Verbesserung des deutschen Kreditwesens zugute kommen würde.

Was die innere Politik anbetrifft, so hofft man, daß Cuno der Mann ist, die Beziehungen zu Bayern endgültig zu ordnen und so die Reichseinheit über alle Störungsmöglichkeiten hinweg fest zu verankern.

Bayerns Treubekennntnis zum Reich.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Am dritten Tage der politischen Aussprache nahm im Landtage zunächst Ministerpräsident v. Künzing das Wort und erklärte über die Frage des Verhältnisses Bayerns zum Reich, daß es ihm mit der Versicherung, daß Bayern nicht mutwillig den Kampf mit dem Reich suchen werde, heiligster Ernst sei. Das Damberger Programm der Bayerischen Volkspartei bezwecke in Wirklichkeit nichts weiter für Bayern und die anderen deutschen Länder, als wenigstens annähernd jenes Maß von Rechten zurückzugewinnen, die den Bundesstaaten von 1871 bis zum Zusammenbruch zugekommen seien. Föderalismus sei grundverschieden von Partikularismus und gerade das Gegenteil von Separatismus, weil er das Vorhandensein und den Bestand der Reichsgemeinschaft sowie das Verbleiben in der Reichsgemeinschaft voraussetze. Eine Einengung des einzelstaatlichen Eigenlebens erache er jedoch als nicht vereinbar mit dem wahren Wohl des Reiches und der ganzen Entwicklung. Der Ministerpräsident warnte nachdrücklich, die Lage durch sinnlose Gewalttaten zu verschärfen. Dieser Einsicht sollten sich auch diejenigen nicht verschließen, die in ihrer leidenschaftlichen Vaterlandsliebe an jeder Rettung auf ordnungsmäßigem Wege verzweifeln. Die bayerische Regierung werde denjenigen, die gegen den Bestand des Staates Gewalt anzuwenden suchten, mit allen verfügbaren Nachtmitteln entgegenreten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. November.

Den wesentlichsten Punkt der heutigen Tagesordnung des Reichstages bildete die zweite Beratung über den deutschnationalen Antrag auf Ermäßigung der Anzeigsteuer. Im Ausschuss war einstimmig beantragt worden, daß die Steuer für die 1. Million der vierteljährlichen Anzeigeneinnahme auf 1/2 Prozent, für die 2. Million auf 1 Prozent, für die 3. Million auf 1 1/2 Prozent und für die darüber hinausgehenden Einnahmen auf 2 Prozent sich ermäßigen solle. Die Aussprache, an der sich nicht alle Fraktionen beteiligten, brachte eine kommunistische Rede gegen die gesamte Anzeigsteuer überhaupt, und nach von sozialdemokratischer Seite wurde angekündigt, daß demnächst die Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Anzeigsteuer gefordert werden dürfte. Dann wurde der Ausschussantrag in zweiter und dritter Beratung angenommen, und es folgte eine Novelle zum Gewerbe- und Kaufmannsgesetz, durch die die Zuständigkeitsgrenze der Geldbewertung entsprechend erhöht werden soll, und zwar auf ein Höchstmaß von 840 000 Mark. Auch diese Vorlage wurde nach kurzer Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. In der sechsten Wochensitzung des Reichstages die Aussprache über die neue Geschäftsordnung fort, wobei von schließlichen Rednern Einzelwünsche vorgebracht wurden.

Die nächste Freitagssitzung im Reichstag.

Das Zentrum hat eine Interpellation im Reichstag eingebracht, in der nach Schilderung der durch die Beratung des schließlichen Kultusministeriums vom 12. August in Sachsen eingetretenen Zustände gefragt wird: Hat die Reichsregierung zu diesen Sachverhältnissen Stellung genommen? Welche Schritte gedenkt sie zu unternehmen um der Reichsregierung und der von ihr teilweise gewährleisteten Gewerbesteuer im Reichstag

Besten Lösung zu verschaffen und die bekanntmässige Bevölkerung vor Drogenvergiftung zu schützen?

Eine ähnliche Interpellation hat auch die Deutsch-nationale Volkspartei eingebracht. Diese Interpellation dürfte gleichzeitig mit der des Zentrums im Reichstag zur Verhandlung kommen.

Neue steuerliche Gefahren für den deutschen Mittelstand.

Wie in diesen Tagen stattfindenden Verhandlungen des Reichswirtschaftsrates und des Reichsrates über die Novelle zum Landessteuergesetz zeigen, daß man in weiten Kreisen der gesetzgebenden und beratenden Körperschaften leider sich noch nicht dazu befehlen kann, daß die bei allen Steuerberatungen der vergangenen Reichstagesession und unter Anerkennung fremdländischer Sachverständiger in allen Stufen an die Antente herbeigehobenen Ueberspannung der Steuerlasten zur Grundlage der praktischen Schlussfolgerung gemacht wird, daß eine Erhöhung der steuerlichen Belastungen der Wirtschaft nicht durchführbar ist. Man scheut sich im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden vor der Anerkennung der Tatsache, daß eine wesentliche Erhöhung der Einnahmeseiten ihrer Haushaltungen jetzt nicht mehr herbeigeführt werden kann und daß es daher notwendig ist, die Ausgaben der Haushalte entsprechend zu verringern, um das Gleichgewicht herzustellen. Man scheut sich davor, die sich daraus ergebenden Konsequenzen hinsichtlich der Einschränkung der Beamtengehälter, hinsichtlich einer ökonomischen Umstellung des öffentlichen bürokratischen Verwaltungsapparates zu ziehen. Man scheut sich davor, trotzdem in dem innerwirtschaftlichen Programm, das die Zustimmung der Parteien der Arbeitergemeinschaft und der Sozialdemokratie gefunden hat, deutlich der Auffassung Ausdruck gegeben ist, daß nur durch eine sparsame Behandlung der Einnahmen, also durch eine Zurückdrängung der Ausgaben, für den Verwaltungsapparat das Gleichgewicht der ordentlichen Haushalte hergestellt werden kann.

Reben der Zusammenziehung von Einkommensteuer, Reichsnotopfer, Vermögenssteuer, Kapitalertragsteuer belastet die Gewerbesteuer in wesentlichem Maße die Tragfähigkeit der gewerblichen Unternehmungen. Wenn bei den früheren Steuerberatungen stets behauptet worden ist, daß die Steuerlast durch die heutigen Tarifsätze schon wesentlich überspannt sei und daß die Freiheit der kommunalen Finanzpolitik auf dem Gebiet der Gewerbesteuer zu einer völligen Herabsetzung der produktiven Vermögenssubstanz der gewerblichen Unternehmungen führen muß, so scheinen die letzten Jahre den praktischen Gegenbeweis für solche Behauptungen zu liefern. Man vergißt aber dabei völlig, daß das äußerliche Ertragen dieser steuerlichen Belastungen in den einzelnen Unternehmungen nur darauf zurückzuführen ist, daß zwischen Veranlagung und Zahlung der einzelnen Steuern eine erhebliche Zeitspanne lag und das in dieser Zeitspanne sich eine solche Entwertung der Mark zum Durchbruch kam, jedoch die Steuerzahlung in weit geringerer Kaufkraft erfolgte, als sie veranlagt war. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß — sobald diese Differenz ausgeschaltet sein wird — die gesamte deutsche Steuererhebung einer sehr durchgreifenden Reform unterzogen werden muß.

Doch handelt es sich im Augenblick nicht um diese wesentlichen Grundfragen der Steuerpolitik, sondern um jene geschäftlichen Beschlüsse des Reichsrats zum Landessteuergesetz, wonach die Umsatztsteuer von 2 auf 2 1/2 erhöht werden soll, und wonach im wesentlichen die Autonomie der Kommunen auf dem Gebiete der Gewerbesteuerung bleiben soll. Als außerordentlich sachlich begründeten Beschwerden, die gegen die schrankenlose Freiheit der Gemeinden auf dem Gebiet der Gewerbesteuerung in den letzten Jahren der Reichsregierung und den Regierungen der Länder vorgebracht worden sind, haben dort gegenüber den höchsten und höchsten bürokratischen Geschäftskreisen nicht den geringsten Widerstand gemacht. Nach keiner Richtung hin ist so weit die übermäßigen Veranlagungen über die neue Novelle zum Landessteuergesetz zu erkennen lassen, den berechtigten Wünschen des Gewerbes Rechnung getragen worden, daß eine gleichmäßige Verteilung der Steuerlast für die Gewerbesteuerung durchgeführt wird, daß die Gemeinden an bestimmte Höchstgrenzen der Zuschläge für die Landesgewerbesteuer gebunden werden sollen und daß die Erhebung der Gewerbesteuer auf Grundlagen einer Ertragsrechnung erfolgt, die den Wertermittlungsverfahren der Reichssteuererhebung entspricht. Es wird dringendste Aufgabe der Parteien im Reichstag sein, bei den Beratungen des Landessteuergesetzes eventuell unter Einbeziehung einer Reform des kommunalen Abgabengesetzes zugunsten der geschäftlichen wirtschaftlichen Interessen des Gewerbestandes zu wirken. Es handelt

Steuer...
anderer...
Betrags...
Steuern...
abtrat...
ngen...
1920 über...
tionen in...
le Erhe...
in Woh...
liegt an...
ellung...
ossen!...
res als...
utz...
n!...
Aue...
ubreiten...
omiker...
rt, Posen...
stellung...
Aue...
muff...
haar...
penklinik...
ruf. 620...
in...
schäft...
schäfts...
er...
ergütet...
rif...
äre...
ntfunde...
glichen...
gesucht...
melden...
eschat...